



## AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

28. MRZ. 1984

Zahl: wie umstehend  
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

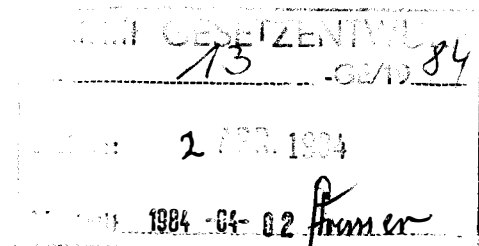
SALZBURG, am  
Postanschrift: A-5010 Salzburg, Postfach 527

Betr.: wie umstehend

Adresse der zuständigen Dienststelle:  
Chiemseehof  
Telefon: (06222) 41561-0\*  
Klappe: 2580/HR Dr. Hueber

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung  
Landhaus  
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung  
Arnulfplatz 1  
9020 Klagenfurt
3. das Amt der Nö. Landesregierung  
Herrengasse 9  
1014 Wien
4. das Amt der Oö. Landesregierung  
Klosterstraße 7  
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Hofgasse  
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung  
Maria-Theresien-Straße 43  
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung  
Landhaus  
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung  
Lichtenfelsgasse 2  
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der Nö. Landesregierung  
Schenkenstraße 4  
1014 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
Dr. Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien



28. MRZ. 1984  
1984-03-02  
H. Hueber

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:  
Dr. Edelmayer  
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



# AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG -

An das  
Bundesministerium für  
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1  
1010 Wien

SALZBURG, am 28.3.1984  
Postanschrift: A-5010 Salzburg, Postfach 527

Adresse der zuständigen Dienststelle:  
Chiemseehof  
Telefon: (06222) 41561-0\*  
Klappe: 2428/Dr. Hammertinger

Zahl: 0/1-283/57-1984  
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Lebens-  
mittelbewirtschaftungsgesetz 1952 geändert wird;  
Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 13.102/01-I 3/84

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf  
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Auf die verfassungsrechtliche Problematik einer von den Kompe-  
tenzartikeln des B-VG abweichenden, wenn auch zeitlich befristeten  
Zuständigkeitsregelung muß erneut hingewiesen werden. Durch die  
fortlaufende Verlängerung dieser Sonderkompetenz des Bundes kommt  
es zu einer Kompetenzverschiebung zuungunsten der Länder, die dem  
Sinn einer Verfassungsurkunde eines Bundesstaates, deren Aufgabe  
u.a. die Aufteilung der Staatsgewalt zwischen Bund und Ländern ist,  
widerspricht und daher immer wieder abgelehnt werden muß. Einer  
Änderung der Kompetenzverteilung könnte nur dann zugestimmt wer-  
den, wenn diese das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Bund und  
Ländern und mit einem entsprechenden Kompetenzausgleich zugunsten  
der Länder verbunden wäre.

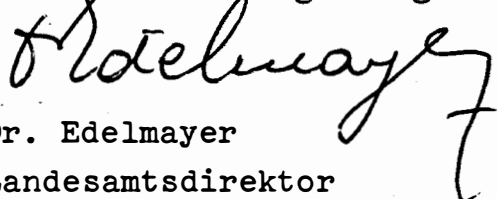
Dies gilt umsomehr, als die Kompetenzverschiebung durch die beträcht-  
liche Erweiterung des Gesetzesinhaltes schwer ins Gewicht fällt.

Unbeschadet dessen wird zum Entwurf abermals festgestellt, daß  
eine Reihe von einschneidenden Bewirtschaftungsmaßnahmen vorge-  
sehen ist, das Gesetz aber die Voraussetzungen, unter denen der-

artige Bewirtschaftungsmaßnahmen zu treffen sind, nach wie vor offen läßt. Daraus ergeben sich schwere rechtsstaatliche Bedenken gegen den Entwurf. Die Zulässigkeit derartiger Anordnungen wäre auf den Fall einer tatsächlichen, nachhaltigen Versorgungskrise zu beschränken. Die Anordnung und zeitliche Wirksamkeit müßten sinnfällig an das Bestehen einer vom Hauptausschuß des Nationalrates mit qualifizierter Mehrheit festgestellten Versorgungskrise gebunden werden.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:

  
Dr. Edelmayer  
Landesamtsdirektor